

Protokollauszug

aus der
28. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit
und Soziales
vom 16.05.2006

öffentlich

Top 6 Wohnungspolitik
06/SVV/0307
zur Kenntnis genommen

Herr Müller-Zinsius macht deutlich, dass nicht feststellbar ist, ob Mieter aufgrund der steigenden Miete nach der Modernisierung gekündigt haben. Die umzugswilligen Mieter sind fast alle zufriedenstellend untergebracht worden. Von den insgesamt 800 modernisierten Wohnungen waren bereits 18 % vorher leer.

Herr Krause fragt, ob es in der Carl-von-Ossietzky-Straße zu einer befriedigenden Lösung gekommen ist.

Herr Müller-Zinsius kann dazu keine Aussage treffen.

Herr Krause bringt die große Anfrage ein und begründet diese kurz.

Herr Müller-Zinsius betont, dass die Pro Potsdam eine Gesellschaft der Stadt Potsdam ist. Es gibt keine Gruppe, die nicht mit Wohnraum versorgt werden kann. Dies trifft auch für die Genossenschaften zu. Es können nur Wohnungen vermittelt werden, die frei sind.

Frau Geywitz fragt, ob die Pro Potsdam den Zwängen der Haushaltskonsolidierung unterliegt und daher die Verkäufe tätigt.

Herr Müller-Zinsius kann dies so nicht bestätigen. Die Verkäufe sind erforderlich, um neue Wohnungen bauen zu können.

Frau Basekow macht deutlich, dass es in Potsdam sehr schwer möglich ist, für 7,40 Euro Warmmiete Wohnungen zu finden. Hier gibt es Wartezeiten bis zu einem halben Jahr. Oft muss hier auf private Vermieter zurückgegriffen werden. Auch die Unterbringung von Mietschuldnern in Wohnungen ist sehr schwierig.

Frau Blume bestätigt dies.

Herr Müller-Zinsius erklärt, dass hier auch festgestellt werden muss, um wie viele Mieter es sich handelt. Die Fallzahl sollte hier festgestellt werden.

Frau Müller macht deutlich, dass mit Mietschuldnern gearbeitet werden muss, um herauszufinden, wie es zu den Schulden gekommen ist und wie dieses Problem gelöst werden kann. Sie erinnert daran, dass die Dienstanweisung für den angemessenen Wohnraum mit dem Arbeitskreis Stadtspuren gemeinsam, in dem auch andere Wohnungsgesellschaften vertreten sind, erarbeitet wurde.

Sie macht darauf aufmerksam, dass es einen massiven Bedarf an kleinem bezahlbarem Wohnraum gibt. Dieser kann derzeit nicht zufriedenstellend gedeckt werden.

Zukünftige Beratungspotenziale können nicht festgestellt werden.

Herr Böttche erklärt, dass in Potsdam keine abwartende Wohnungspolitik gibt, sondern eine vorausschauende.

Vorausschauende Wohnungspolitik kann nicht leisten, dass eine Liste von bestimmten Personengruppen erstellt werden kann, um sich darauf einstellen zu können.

Es besteht keine Situation, die darauf hinausläuft, dass Wohnungsnachfragern aus einkommensschwachen Familien keinen Wohnraum erhalten. Hier wird auch durchaus der angemessene Wohnraum gefunden, wenn auch nicht immer sofort.

Dies trifft nicht nur für Pro Potsdam, sondern auch für alle anderen Wohnungsgenossenschaften in Potsdam zu. Derzeit gibt es in allen Potsdamer Wohnungsunternehmen geringe Leerstände.

Herr Müller-Zinsius macht deutlich, dass sich die Pro Potsdam durchaus als Dienstleister der Stadt versteht.